

02.09.03

Fz - In

Gesetzesantrag
des Landes Niedersachsen

Entwurf eines ... Gesetzes zur Ergänzung zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen**A. Zielsetzung**

Der Gesetzgeber hat in § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes eine bis zum 31. Dezember 2003 befristete Übergangsregelung geschaffen, mit der unvermeidbare Zusatzbelastungen für die Betreiber von Alt-Sportanlagen aus der Änderung der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Überlassung von Sportanlagen vermieden werden sollten. Es zeigt sich nunmehr, dass die vorgesehene Dauer der Übergangsregelung nicht ausreicht, um die Benachteiligung der Betreiber von Alt-Sportanlagen auszugleichen; vielmehr sind viele Betreiber in ihrer Existenz gefährdet. Betroffen sind davon auch gemeinnützige Sportvereine, die vielfach Betreiber wie auch Nutzer solcher Anlagen sind, sowie die jeweils dazugehörigen Arbeitsplätze. Ziel dieses Gesetzes ist es, die genannten Nachteile weiter zu vermeiden.

B. Lösung

Die Übergangsregelung in § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes wird um zwei Jahre verlängert, so dass bis zum 31. Dezember 2005 die Möglichkeit besteht, die Umsätze aus der Überlassung von Sportanlagen in eine steuerfreie Grundstücksüberlassung und in eine steuerpflichtige Überlassung von Betriebsvorrichtungen aufzuteilen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Geringfügige, nicht bezifferbare Mindereinnahmen an Umsatzsteuer.

E. Sonstige Kosten

Keine.

Bundesrat

Drucksache 620/03

02.09.03

Fz - In

Gesetzesantrag
des Landes Niedersachsen

Entwurf eines ... Gesetzes zur Ergänzung zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Hannover, den 2. September 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Niedersächsische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 26. August 2003 beschlossen, dem Bundesrat den anliegenden

Entwurf eines ... Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen

mit dem Antrag zuzuleiten, seine Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Art. 76 Abs. 1 GG zu beschließen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Wulff

Anlage

Entwurf eines ... Gesetzes zur Ergänzung zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

In § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1999 in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1999 (BGBl. I S. 1270), das zuletzt durch Artikel .. des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 2003“ durch das Datum „31. Dezember 2005“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Begründung:

I. Allgemeiner Teil

Aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 31. Mai 2001 (V R 97/98), wonach die Überlassung von Sportanlagen regelmäßig nicht unter die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 12 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes fällt, ergaben sich für die Betreiber von Alt-Sportanlagen Härten, da diese bei der Errichtung der Anlagen in der Vergangenheit anteilig nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt waren und für die gesamte Finanzierungsdauer von regelmäßig ca. 25 Jahren mit erhöhten Zins- und Tilgungszahlungen belastet sind.

Im Interesse der gemeinnützigen Sportvereine, die vielfach Betreiber wie auch Nutzer solcher Anlagen sind, und im Interesse der betroffenen gewerblichen Betreiber von Alt-Sportanlagen mit den jeweils dazugehörigen Arbeitsplätzen ist mit dem „Gesetz zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen“ in § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes eine Regelung getroffen worden, mit der für eine Übergangszeit unvertretbare Zusatzbelastungen für die Betroffenen vermieden werden sollten.

Es zeigt sich nunmehr, dass die Dauer dieser Übergangsregelung nicht ausreicht, um die durch die Änderung der Rechtsprechung entstandene Benachteiligung auszugleichen. Die Existenz der Betreiber von Alt-Sportanlagen ist auch über den ursprünglich vorgesehen Zeitpunkt hinaus bedroht. Die Übergangsregelung bedarf daher der Verlängerung.

II. Besonderer Teil

Der Bundesfinanzhof hat mit Urteil vom 31. Mai 2001 (V R 97/98) entschieden, dass die Überlassung von Sportanlagen regelmäßig nicht unter die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 12 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes fällt. Unter Hinweis auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 18. Januar 2001 (Rs. C-150/99, Stockholm Lindöpark AB) ist der Bundesfinanzhof damit ausdrücklich von seiner bisherigen, von der Finanzverwaltung angewandten Rechtsprechung abgewichen, wonach die Überlassung von Sportanlagen aufzuteilen war in eine nach § 4 Nr. 12 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes umsatzsteuerfreie Grundstücksvermietung und in eine steuerpflichtige Vermietung von Betriebsvorrichtungen. Mit der Veröffentlichung des Urteils im Bundessteuerblatt am 15. Oktober 2001 (BStBl. 2001 II S. 658) war dieses allgemein anzuwenden.

Für die Betreiber von Alt-Sportanlagen ergaben sich aus dieser Änderung der Rechtsprechung jedoch Härten. Denn bei Anwendung der neuen Rechtsprechung hätten ihre Umsätze in vollem Umfang der Umsatzsteuerpflicht unterlegen, obwohl ihnen in der Vergangenheit nur ein anteiliger Vorsteuerabzug aus der Anschaffung bzw. Herstellung der Anlagen zugestanden hat und sie für die gesamte Finanzierungsdauer von regelmäßig ca. 25 Jahren mit erhöhten Zins- und Tilgungszahlungen belastet sind. Für Investitionen, die zehn Jahre und länger zurücklagen kam auch eine Vorsteuerberichtigung nach § 15a des Umsatzsteuergesetzes nicht mehr in Betracht. Insoweit handelte es sich um einen gravierenden Eingriff in die langfristige Finanzierung und Kalkulation der Alt-Sportanlagen.

Im Interesse der gemeinnützigen Sportvereine, die vielfach Betreiber wie auch Nutzer solcher Anlagen sind, und im Interesse der betroffenen gewerblichen Betreiber von Alt-Sportanlagen mit den jeweils dazugehörigen Arbeitsplätzen hat der Gesetzgeber

daher mit dem „Gesetz zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen“ vom 1. September 2002 (BGBl. 2002 I S. 3441) in § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes eine Regelung getroffen, mit der für eine Übergangszeit unvertretbare Zusatzbelastungen für die Betroffenen ohne ausreichendes nachträgliches Vorsteuerabzugsrecht vermieden werden sollten, die in der Vergangenheit ihre Investitionen auf Basis der bisherigen Rechtsprechung kalkuliert und getätigt hatten. Die Änderung des Umsatzsteuergesetzes trug einer einstimmigen Entschließung des Deutschen Bundestages (BT-Drs. 14/8375) Rechnung. Nach § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes können rückwirkend ab dem 15. Oktober 2001 für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2003 wie nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs die Umsätze aus der Überlassung von Sportanlagen in eine steuerfreie Grundstücksvermietung und in eine steuerpflichtige Vermietung von Betriebsvorrichtungen aufgeteilt werden.

Es zeigt sich nunmehr, dass die Dauer der Übergangsregelung nicht ausreicht, um die durch die Änderung der Rechtsprechung entstandene Benachteiligung der Betreiber von Alt-Sportanlagen auszugleichen. Zum einen hat die derzeitige Konsumzurückhaltung und Sparneigung der Bevölkerung viele Betreiber an den Rand der Insolvenz geführt. Es ist ihnen in dieser Situation nicht möglich, auf die bisherigen Entgelte ab dem 1. Januar 2004 zusätzlich die volle Umsatzsteuer zu berechnen, ohne einen unmittelbaren Nachfragerückgang und damit eine Gefährdung ihrer Existenz und der dazugehörigen Arbeitsplätze zu riskieren. Finanzielle Spielräume, die Umsatzsteuer anteilig selbst zu tragen, sind ebenfalls überwiegend nicht vorhanden. Zum anderen sind viele Verträge mit einzelnen Nutzern für viele Jahre im Voraus geschlossen worden. Der Dauer der Übergangsregelung hat nicht ausgereicht, um alle diese Verträge umzustellen.

Bundesweit gibt es insgesamt ca. 2.600 gewerbliche multifunktionale Sportanlagen, ca. 1.200 monostrukturierte Sportanlagen und ca. 3.700 Tennishallenplätze von gemeinnützigen Sportvereinen. Die gewerblichen Sportanlagen weisen einen durchschnittlichen Mitarbeiterbestand von ca. 30 Personen pro Anlage auf. Bei ca. 90% der Sportanlagen handelt es sich um Alt-Sportanlagen.

Zur Abfederung der beschriebenen Nachteile für die Betreiber von Alt-Sportanlagen, zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Betreibern anderer Anlagen, zur Herstellung des Rechtsfriedens und zur Gewährleistung eines weichen Übergangs vom alten zum neuen Rechtszustand ist eine Verlängerung der Übergangsregelung des § 27 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes über den 31. Dezember 2003 hinaus bis zum 31. Dezember 2005 erforderlich.

Die Verlängerung der Übergangsregelung führt lediglich zu geringfügigen, nicht bezifferbaren Mindereinnahmen an Umsatzsteuer.